Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

40 (24.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 40 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Donnerstag, 24. Januar 1918** — 77. Jahrgang. — **Abendblatt.**

Rege Erkundungstätigkeit an der Westfront.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 24. Jan. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Rege Erkundungstätigkeit unserer Infanterie brachte an vielen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Boesinghe-Staden wurden sechs Maschinengewehre erbeutet.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich vom Doiransee scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Krieg im Hochgebirge.

bz. **Berlin**, 23. Jan. Vom italienischen Kriegsschauplatz melden die Blätter, daß in den Südtiroler Alpen furchtbarer Wintersturm herrscht. Auf den Bergen ereigneten sich Schneeverwehungen und gefährliche Abbrüche von Schneefeldern.

Die große Entente-Konferenz.

bz. **Berlin**, 23. Jan. Dem „Echo de Paris" zufolge wird nun doch voraussichtlich in der nächsten Woche die große Ententekonferenz in Paris stattfinden. Die Konferenz sei die größte und bedeutendste Versammlung der Alliierten seit Kriegsbeginn. Sämtliche Ministerpräsidenten und Kriegsminister der Ententestaaten werden unter dem Vorsitz Clemenceaus an dieser Versammlung teilnehmen.

Die Herrschaft des „Tigers".

bz. **Berlin**, 23. Jan. Die „Humanite" schreibt, daß die Tagung des französischen Syndikalistenverbandes, die am 29. Januar in Lyon stattfinden sollte, durch den Ministerpräsidenten verboten wurde. „Petit Journal" meldet: Das Verbot erfolgte wegen der in Pariser Druckereien beschlagnahmten Aufrufe, die von einem Generalstreik zur Erzwingung eines allgemeinen Friedens handelten.

Politische Verhaftungen in Italien.

bz. **Berlin**, 23. Jan. Laut dem „Secolo" und dem „Avanti" wurden sowohl in Mailand wie in Turin politische Massenverhaftungen vorgenommen, die im Zusammenhang mit der Affäre Caillaux stehen. „Secolo" darf einstweilen die Namen der Verhafteten nicht nennen. Der „Corriere della Sera" deutet in einem Pariser Privattelegramm an, daß General Sarrail in den nächsten Tagen von dem Untersuchungsrichter vernommen wird.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 23. Jan. (Amtlich). U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 B.-R.-T. versenkt.

Die Mehrzahl der Schiffe, die tiefbeladen waren, wurden im Aermel-Kanal trotz starker feindlicher Abwehrmaßregeln jeder Art versenkt. Eines der vernichteten Schiffe, das im östlichen Aermelkanal aus einem durch zahlreiche Seestreitkräfte geschützten Geleitzug herausgeschossen wurde, war allem Anscheine nach ein Transportdampfer mit Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Der Getreide- und Kohlenmangel Italiens.

() **Bern**, 24. Jan. „Perseveranza" läßt sich aus Rom berichten, daß Orlando in Paris und London eine Wahrheit wiederholen werde, die alle über die italienische Lage Unterrichteten seit geraumer Zeit kennen, daß nämlich das Durchhalten Italiens wesentlich eine Frage der Zufuhren insbesondere von Getreide und Kohlen sei. Alle einsichtsvollen Politiker hätten Frankreich und England gegenüber immer wiederholt, daß dem Giolittismus, Sozialismus, Klerikalismus und ähnlichen pazifistischen und innerpolitischen Strömungen in Italien keine übermäßige Bedeutung zugeschrieben werden dürfe, da die Widerstandskraft Italiens dadurch nicht ernsthaft bedroht werden könne, vielmehr nur von der ziemlich bescheidenen, aber für Italien ganz wesentlichen wirtschaftlichen Frage abhänge. Italien könne, so erklärt der Korrespondent der „Perseveranza", den Krieg noch lange fortsetzen, aber nur unter der Bedingung, daß die wichtigsten Versorgungsstoffe nicht ausbleiben. Italien verlange daher von den Alliierten Getreide und Kohlen und verflehte sich dagegen, durchzuhalten u. sich weder durch innere noch durch äußere Feinde niederwerfen zu lassen. Orlando werde eine entscheidende Anstrengung der Alliierten verlangen, damit Italien in die Lage komme, den Kampf fortsetzen zu können.

Die amerikanischen Kohlen.

gK. **Berlin**, 23. Jan. Das „Berliner Tagblatt" meldet aus Madrid: Das amerikanische Komitee für Kohlentransporte beschloß, die Kohlensendungen an die Verbündeten zu beschränken, da die amerikanischen Kohlen für die amerikanischen Munitionsfabriken gebraucht werden. Daher muß England jetzt allein Frankreich und Italien mit Kohlen versorgen.

Der Wiener Ausstand.

Im Hauptausschuß des Reichstags ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Zensur mit der Ausstandsbewegung in Wien und Oesterreich ein wenig geschicktes und wenig kluges Versteckspiel getrieben hat. Da die österreichische Presse die bedauerlichen Vorkommnisse eingehend besprochen hat, so ist auch das neutrale Ausland über den Stand der Dinge genau unterrichtet. Eine Vorsicht nach dieser Seite hin ist also überflüssig. Für Deutschland selbst sind aber die teilweise stark übertriebenen Gerüchte und die dunklen Andeutungen in den Zeitungen viel bedenklicher, als eine klare und ungeschminkte Darstellung der tatsächlichen Vorgänge. Auch zur Stunde wissen die deutschen Zeitungen noch nicht recht, was sie nun eigentlich über die Ausstandsbewegung schreiben dürfen. Die „Tägliche Rundschau" gibt nun jetzt einiges Tatsächliche aus der niederösterreichischen Chronik dieser Tage bekannt, dessen Mitteilung — wie sie bemerkt — nicht versagt sein kann, da sie anderwärts schon erfolgt ist. Das Berliner Blatt berichtet:

Drei Tage lang war Wien sozusagen eine tote Stadt. Ausstand in allen Betrieben. Drei Tage lang keine Zeitungen außer der „Arbeiterzeitung". Man kann sich denken, mit welcher Sachlichkeit und Unparteilichkeit die dem öffentlichen Gewissen diente. Mit einer Art kleinen Putsches hatte die Sache vor acht Tagen angefangen, bei den Daimler-Motoren in Wiener-Neustadt, wo ein einzelner Arbeiter ein paar Hundert Kameraden zum Streiken gebracht hatte. Doch wie ein Lauffeuer war die Bewegung von Fabrik zu Fabrik, von Ort zu Ort gelangt und hatte in drei Tagen in ihren Hauptumrissen die Hauptstadt und die Provinz ergriffen. Am Donnerstag standen die großen Munitionswerke bei Wien still, Hütten- und Eisenwerke. Hunderttausende schlossen sich zu riesigen Versammlungen zusammen. Nun schlossen sich die Gewerbetreibenden der Weltstadt an. Alle Schneider und Schuster, auch die meisten Kleideratelliers und die eleganten Firmen der inneren Stadt schlossen ihre Läden. Niemand konnte mehr Wäsche waschen lassen. Vor allem mußte diese zeitungswütige Stadt drei Tage lang auf jede Zeitung verzichten und sich mit kurzen Mitteilungen begnügen, die die allein noch druckende „Arbeiterzeitung" für ihre Partei ausgab. Von der Parteileitung der Sozialdemokratie ist dieser Streik am zweiten Tage offenbar aufgefangen worden. Aber dahinter stand eine andere Macht, die wieder diese Macht trieb und gefährdete. Das war die vorerst noch kleine Partei der Maximalisten, die sich zwar hier noch nicht wie in Deutschland von der Mutterpartei abhängig erklärt hatten, die aber in ihrer Wochenschrift „Der Kampf" und namentlich auch in ihrem Märtyrer Friedrich Adler wachsende Mittel der Propaganda besitzen. Ihr Führer, Otto Bauer, der als Gefangener in Rußland Beziehungen zu den dortigen Herren des Tages gepflogen haben soll, stand hinter dem Ausbruche des Streiks in Wiener-Neustadt und stieß dann die Lawine in den Abgrund. Zwei Momente stießen zusammen, um den Groll und die Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen, die Verzögerung der Verhandlungen in Brest-Litowsk und der hier allgemein, weit über die Grenzen der Arbeitermasse hinaus herrschende Eindruck, daß die Rede des Generals Hoffmann den Friedensschluß bedrohe, zugleich die plötzliche Herabsetzung der Mehlrate auf die Hälfte, die teils auf schlechte Verteilung und Organisation, teils auf verweigerte Hilfe des reicheren Ungarn geschoben wurde. Als es am Mittwoch Abend durch die Straßen zog, rief aber das Volk nicht Brot, sondern Frieden und verwechselte, indem es den Namen des Generals Hoffmann auf die Straße warf, diesen mit dem General Hoefer, der für die echt österreichische Plötzlichkeit der Verkürzung des Mehles verantwortlich

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

x **Wilhelm Trübners Nachlaß.** Wir brachten im gestrigen Abendblatt eine Auslassung unseres Berliner Mitarbeiters über die Versteigerung von Wilhelm Trübners Nachlaß. Heute lesen wir nun in der Tägl. Rundschau folgende Mitteilung: Dieser Tage ging die Meldung durch die Presse, Wilhelm Trübners künstlerischer Nachlaß solle demnächst in München zu einer Gesamtausstellung vereinigt und dann versteigert werden. Wie wir erfahren, ist diese Meldung, was die Versteigerung anbelangt, unrichtig. Wilhelm Trübner hat einen Sohn hinterlassen, Jörg, der noch im Knabenalter steht. Mit dessen Vormund, dem Karlsruher Stadtrat Dr. Weill, hat Trübner schon seit Lebzeiten alle Angelegenheiten seines Nachlasses, zu dessen Verwalter er Weill einsetzte, bis ins kleinste geordnet. So ist Vorsorge getroffen, daß die künstlerische Hinterlassenschaft dieses großen deutschen Malers, seine eigenen Werke und die Bilder seiner Lehrer, Freunde und Mitstrebenden, nicht in den Trubel einer Kriegsversteigerung gezerrt werden.

Aus der Mannheimer Kunsthalle. Es wird uns geschrieben: Vor kurzem wurde in der städt. Kunsthalle zu Mannheim eine größere Ausstellung von Gemälden, Zeichnungen und graphischen Blättern eröffnet, die den Titel hat: „Neue religiöse Kunst". Durch diese Ausstellung soll die Frage gestellt werden, ob wir von der jungen, in gewissem Sinne idealistischen deutschen Kunstrichtung die sich sichtlich vom Naturalismus des 19. Jahrhunderts abwendet, eine Erneuerung der christlich-religiösen vielleicht sogar der eigentlich kirchlichen Malerei erwarten dürfen. Ein Katalog, dessen Vorwort den Ausstellungsgedanken näher erläutert, ist erschienen und zum Preise von 50 Pfg. käuflich.

* **Die Autogrammsammlung der Henriette Sontag**, die größtenteils an die Künstlerin selbst gerichtete oder ihr gewidmete Briefe und Albumblätter, 106 Nummern unserer Musikheroen des beginnenden 19. Jahrhunderts, enthält, kommt demnächst bei Malbin in Wien zur Versteigerung. Einem von tiefer Verehrung zeugenden Briefe Beethovens an die Künstlerin folgen Blätter mit Kompositionen von Mozart, Cherubini, Weber, Mendelssohn, Meyerbeer, Schubert, Schumann, Moscheles. Auch Goethe mit einem Albumblatt, die Bettina v. Arnim, Hoffmann v. Fallersleben, Chateaubriand, Lamartine, und ebenso Herrscher und Staatsmänner, wie König Friedrich Wilhelm II. von Preußen, der Herzog von Mecklenburg, der Prinz von Reuß II., Metternich und andere sind hier vertreten.

* **Der Urwald der Bjelowjesch als Naturschutzgebiet.** Der staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege ist von der Militärforstverwaltung Bjelowjesch die Nachricht zugegangen, daß durch Forstbefehl vom 16. Januar 1918 ein nördlich vom Jagdschloß gelegener Waldteil, der im Süden von der Feldflur Bjelowjesch, im Norden von Quosnia, im Westen von der Narewka begrenzt wird, als Naturschutzgebiet erklärt und von jeder Nutzung ausgeschlossen ist. Das Gebiet hat im großen ganzen die Gestalt eines Rechtecks, und ist etwa 30 Hektar groß. Das ist freilich nur ein kleiner Bruchteil des riesigen Geländes, das unter dem Namen des Urwaldes von Bjelowjesch bekannt war, jedoch umfaßt das Schutzgebiet gerade einen Waldteil, worin noch Wisente vorkommen.

* **Kleine Mitteilungen.** Die Vertreterversammlung der Bonner Studentenschaft veröffentlicht folgende Erklärung: „In der letzten Zeit sollen Fälle vorgekommen sein, wo für größere geldliche Unterstützungen seitens der Universitäten die Würde eines Ehrendoktors verliehen worden ist. Die Studentenschaft dankt für weitere tatkräftige Unterstützung, möchte aber Verwahrung dagegen einlegen, daß bei der Verleihung dieser Würde, die bisher nur auf Grund hervorragender wissenschaftlicher Leistungen erworben werden konnte, sich amerikanische Verhältnisse entwickeln. — Alex Otto, der bekannte Darsteller am Deutschen Schauspielhause zu Hamburg, ist für den Posten eines Oberregisseurs an dieser Bühne in Aussicht genommen worden. Die durch Geheimrat Max Grubes Ausscheiden erledigte Stelle eines künstlerischen Direktors neben der des bisherigen Verwaltungsdirektors Ernst Koehne dürfte nicht besetzt, vielmehr der Posten eines Oberspielleiters für Otto neu geschaffen werden. Otto steht im Hamburger Theaterleben bereits seit nahezu 30 Jahren; er wirkte vor Gründung des Deutschen Schauspielhauses als Helden- und Charakterdarsteller am Hamburger Stadttheater. — Der Theaterdirektor Theodor Brandt wird von der Leitung des Stuttgarter Schauspielhauses zurücktreten. Direktor Lischka-Raul aus Kattowitz, der Mitbesitzer dieses Privattheaters geworden ist, wird künftig vornehmlich die Operette pflegen. — Zwei Uraufführungen von Werken Paul Ernsts stehen bevor. Das Hoftheater in Stuttgart bringt am 24. Januar das Trauerspiel Kanossa, das Frankfurter Schauspielhaus Anfang Februar das Schauspiel Manfred und Beatrice zur Uraufführung. — In München wurde von einer nicht genannt sein wollenden Persönlichkeit eine mit einem Kapital von 50 000 M ausgestattete, nach Maßgabe des Stiftungsbriefes zur Gewährung von Studienunterstützungen an bulgarische Staatsangehörige Stiftung Bulgaren-Stipendium errichtet. — Wie der „Frankfurter Kleinen Presse" aus Wiesbaden gemeldet wird, ist ein Tizian für fast eine Million Mark in den Besitz einer Wiesbadener Kunsthandlung übergegangen. Es ist ein auf Leinwand gemaltes guterhaltenes Bild in der Breite von 134 Ztm. und 71 Ztm. Höhe, das drei spielende Kinder darstellt. — Neuere Nachgrabungen auf der Brandstätte der Universitäts-Bibliothek zu Löwen haben mit ziemlicher Sicherheit ergeben, daß von wertvolleren Büchern und Handschriften nichts erhalten geblieben ist. Man fand nur große Anhäufungen von Papierasche und vereinzelte Reste angekohlter Bücher aus neuerer Zeit. — In der Glyptothek zu Kopenhagen ist dieser Tage ein Standbild des auch in Deutschland geschätzten holländischen Bildhauers Stefan Sinding aufgestellt worden, das den Künstler im Arbeitsrock mit einem Klumpen Ton in der Linken zeigt.

Bunte Chronik.

○ **Einen Wettbewerb um Vorschläge zur Verbilligung des Kleinwohnungswesens** schreibt der vor kurzem in Berlin unter dem Vorsitze des Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Sesselberg gegründete Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise aus. Der Verband geht von dem Gedanken aus, daß es vornehmste Pflicht des deutschen Volkes ist, den aus dem Felde heimkehrenden Kriegern gute und billige, aber wohnliche Heimstätten zu bereiten, in denen sie sich wohl fühlen, und die Segnungen des Friedens genießen können. Er weiß aber auf der anderen Seite auch, daß der Lösung dieser Aufgabe schier unüberwindlich erscheinende Hindernisse im Wege stehen, und sucht diese aus dem Wege zu räumen. Es gilt, dem deutschen Volke sein wertvollstes Gut, die Menschenkraft, zu erhalten und diesem Ziele durch die Seßhaftmachung von Angestellten und Arbeitern in weitestem Maße näher zu kommen. Hand in Hand mit allen irgendwie verwandt wirkenden Vereinen will der Reichsverband durch praktische Leistung dem beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten geschaffenen Ausschuß für das Siedlungswesen helfend und fördernd zur Seite treten. Er zieht aber auch alle Berufskreise: Industrie und

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

ist und bleibt und der diese Verkürzung in politisch umgestaltetem Augenblick vornahm. Der wahre Kampf spielte sich im Grunde zwischen den beiden Richtungen der Sozialdemokratie ab. Der Ausstand verlief tatsächlich ohne jeden Zwischenfall. In Hunderten von Versammlungen, bei Hunderttausenden von Streikenden, Männern und Frauen, ist es, soweit man heute weiß, zu keinem einzigen Zusammenstoß gekommen. Von einem Abend zum andern wurden in Massenversammlungen die Leute von dem Fortgange der Verhandlungen unterrichtet. Diese Verhandlungen wurden von dem Parteivorstand, namentlich von Adler, Seitz und Dr. Renner unter demonstrativer Zuziehung von Arbeitern als Vertrauensmännern mit vier Ministern gepflogen: Mit dem Ministerpräsidenten als Vertreter des Außenministers um den Frieden, mit dem Ernährungsminister um Brot, mit dem Minister des Innern um das Wahlrecht und mit dem Minister für Landesverteidigung um die Befreiung der militarisierten Betriebe. Graf Czernin gab zwei Erklärungen ab: Zuerst verbürgte er sich dafür, daß die Verhandlungen nicht an Eroberungsabsichten scheitern würden. Die zweite Erklärung Czernins ist darum wichtig, weil er von einem möglichen Kompromiß in der Frage der Räumung Polens keinesfalls ohne das Einverständnis Kühlmanns sprechen konnte.

Da die österreichische Ausstandsbewegung nach der für heute angekündigten Kanzlerrede voraussichtlich zur Sprache kommen wird, enthalten wir uns einstweilen jeder Kritik der Vorgänge. Um welchen Preis die Regierung für diesmal Ruhe und Ordnung fürs erste wieder erkauft hat, haben wir bereits mitgeteilt.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

WTB. Berlin, 23. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstags nahm heute nach kurzer Erörterung eine von allen Parteien unterstützte Entschließung an, die den Reichskanzler ersucht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit das Erscheinungsverbot des „Berliner Tagebl." alsbald wieder aufgehoben werde. Sodann verwies der Hauptausschuß das gestern vom Unterausschuß angenommene Gesetz zur Abänderung des Kriegszustandsgesetzes vom 4. Dezember 1916 an den Unterausschuß zurück, dazu einen Antrag Gotheim, wonach gegenüber den Anordnungen der militärischen Befehlshaber in bezug auf die Handhabung der Zensur sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes der Reichskanzler Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle sein soll. Der Hauptausschuß wird nachmittags abermals zusammentreten. In der Zwischenzeit tagt der Unterausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages nahm heute nach längerer Aussprache im Anschluß an die Zensurdebatte nachstehenden Antrag an: Den Absatz 1 des einzigen Artikels des Kriegszustandsgesetzes vom 4. Dezember 1916 dahin abzuändern:

> Bis zum Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfassung angekündigten Gesetzes über den Kriegszustand wird gegenüber den Anordnungen der militärischen Befehlshaber, soweit sie sich nicht auf die Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle errichtet. Soweit sich diese Anordnung auf die Handhabung der Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, ist der Reichskanzler Aufsichts- und Beschwerdestelle.

Angenommen wurde ferner ein Antrag Cohn (Unab. Soz.) auf Vorlegung einer Novelle zum Schutzhaftgesetz, die nach Mitteilung des Staatssekretärs bereits in Ausarbeitung ist.

England und Persien.

WB. London, 23. Jan. (Reuter). Im Oberhause wünschte Lord Lamington Auskunft über den Stand und die Aussichten der südpersischen Landgendarmerie und über den gegenwärtigen Stand des englisch-russischen Abkommens von 1907. — Earl of Courzon antwortete: Ich glaube, daß einige unrichtige Auffassungen bestehen hinsichtlich des Charakters und des Dienstes der südpersischen Landgendarmerie, die unter dem Befehl von Sir Perct Sukee steht. Von den deutschfreundlichen Elementen, deren Ränke wir so genau kennen, sind Versuche gemacht worden, diese Truppen als einen Teil der britischen Armee hinzustellen. Natürlich besteht nichts derartiges in Persien, und der erste, der unter ihrem Verschwinden leiden würde, wäre Persien selbst. Diese Tatsache ist der persischen Regierung beständig von dem britischen Gesandten in Teheran vorgestellt worden und trotz steter falscher Darstellung wird es von den persischen Staatsmännern allgemein anerkannt. Eine noch sicherere Bürgschaft für die Aufrichtigkeit der britischen Absichten ist durch unsere Bereitwilligkeit geliefert worden, mit dem persischen Kabinett, zu dem wir freundliche Beziehungen unterhalten, die Zukunft der südpersischen Gendarmerie nach dem Kriege zu erörtern. Wir wünschen, daß Persien während des Krieges neutral bleibt und seine vollständige Unabhängigkeit behält. Nach dem Kriege sollte es keine Schwierigkeiten geben, eine Lösung der Frage zu finden, die drei Bedingungen erfüllt: Die Befriedigung des persischen Nationalgefühls, Vorkehrung für die Sicherheit der Straßen und Schutz der gesetzmäßigen Interessen des Handels. Ohne das Bestehen einer solchen Truppe würde die Autorität der persischen Regierung gefährdet sein.

Als Antwort auf Lamingtons Anfrage über den englisch-französischen Vertrag von 1907 sagte Courzon: Dieser Vertrag bezweckt nicht, die Unversehrtheit und Unabhängigkeit Persiens zu verletzen, sondern der lange bestehenden Nebenbuhlerschaft der zwei außenstehenden Großmächte in Persien ein Ende zu bereiten. Nun gab die weitere große Veränderung der Lage, die durch die kürzlichen Ereignisse in Rußland herbeigeführt wurde, Seiner Majestät Regierung die willkommene Gelegenheit, ihre Aufrichtigkeit in Bezug auf diese Angelegenheit zu bekunden. Wir haben die persische Regierung benachrichtigt, daß wir von nun an den Vertrag als vorläufig aufgehoben betrachten und, sobald als der von mir erwähnten Bedingung Genüge geleistet ist, bereit seien, die ganze Frage von neuem in Erwägung zu ziehen.

Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Angestellte und Arbeiter zur Mitarbeit heran. Vor allem jedoch ist es notwendig, um diese Ziele erreichen zu können, daß bei dem Mangel an Baustoffen und bei dem Steigen der Preise für Grund und Boden der Gedanke der sparsamen Bauweise gefördert, und daß der Erfindergeist angeregt wird, um Ersatzstoffe und Konstruktionsverbilligungen zu erlangen. Den ersten Schritt auf der Bahn positiver Arbeit unternimmt der Reichsverband nun durch Veranstaltung eines allgemeinen Wettbewerbs, um Vorschläge für die wirtschaftlich beste Ausbildung des Kleinwohnungswesens mit Betonung sparsamer Bauweise zu erlangen. Ausführlich zu erörtern ist dabei der Zusammenhang mit dem Demobilisierungsvorgange und den einschlägigen Fragen der Volks- und Uebergangswirtschaft, sowie die technisch-konstruktive Seite der Aufgabe unter Betonung neuer und unter Berücksichtigung vergessener Bauweisen und Bauverfahren, wobei immer auf die Materialfrage besonderes Gewicht gelegt werden soll. Ferner ist auf die Möglichkeit von Kostenersparnissen durch Typisierung von Baueinzelheiten sowie durch Massenherstellung solcher Bedacht zu nehmen und die Frage zu prüfen, ob auf neuen Siedlungen zunächst nur Not- oder Behelfsbauten als Vorstufe für nachzubauende solide Siedlungsbauten möglich und wirtschaftlich empfehlenswert sind. Für Preise sind 20 000 ℳ ausgeworfen worden, von denen 6000 ℳ dem oder den Verfassern der die Aufgabe am besten lösenden Bewerbung zufallen sollen. Bewerbungen sind bis zum 5. April 1918 an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes zur Förderung sparsamer Bauweise in Berlin W. 30, Motzstraße 8 einzusenden, von der Interessenten die näheren Bedingungen des Wettbewerbes erhalten können.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

14. öffentliche Sitzung.

A. Karlsruhe, 24. Januar.

Präsident Dr. Zehnter eröffnete um 9¼ Uhr die Sitzung. Das Haus trat in die Tagesordnung, die Fortsetzung der Aussprache über den Etat des Ministeriums des Kultus und Unterrichts ein.

Abg. Rebmann (nat.-lib.):

Wir begrüßen es, daß die Frage, die Anregung, aus staatlichen Mitteln Zuschüsse für Kriegsteuerungszulagen der Geistlichen beider Konfessionen zu bewilligen, wohlwollend behandelt werden soll. Die Geistlichkeit beider Konfessionen hat mit Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit wesentlich dazu beigetragen, daß wir bisher durchhalten konnten.

Der Fall des Pforzheimer Lehrers

wegen des Briefes an den Abg. Wittum muß uns noch einmal beschäftigen. Wir vermissen noch eine Erklärung der Regierung, wie sie sich zu dem Falle stellt. Meine Meinung geht dahin, daß dem Lehrer aus seinem Verhalten kein Vorwurf gemacht werden kann. Es ist eine allgemeine Forderung, daß staatsbürgerlicher Unterricht erteilt werden soll. Einen Teil dieser Aufgabe hat die Schule übernommen. Wenn man dabei auf Einzelheiten geht, stößt man gleich auf Schwierigkeiten. Wichtig ist darum, daß der Unterricht lebendig gemacht wird. Lebendig wird er aber, wenn man die Fühlung mit den Zeitverhältnissen aufrecht erhält. Das ist lebendiger Unterricht, gegen den nichts einzuwenden ist. Es könnte sein, daß ich im Falle des Pforzheimer Lehrers auch nicht anders gehandelt hätte.

Der zweite Fall, den ich noch besprechen möchte, ist der,

daß man einem Mädchenchor die Mitwirkung bei der Reichsgründungsfeier der Vaterlandspartei in Karlsruhe nicht gestattete.

Abg. Marum hat dies gebilligt. Ich kann ihm aber sagen, wenn seine Partei einmal eine Reichsgründungsfeier veranstaltet, stelle ich ihr den Chor meiner Schule hierzu zur Verfügung. (Beifall und Heiterkeit.) Abg. Spang hat noch einige Klötze herbeigetragen, um die Deutsche Vaterlandspartei zu rösten. (Heiterkeit). Es entbehrt nun nicht des gesunden Humors, wenn ausgerechnet Herr Spang sich hier zum Anwalt des guten Tones und der Sitte aufgespielt hat. Er hat dem Geh. Rat Dr. Hoche gegenüber gesagt, man müsse ihm mildernde Umstände zubilligen, weil er sich mit Psychiatrie befasse. Was würde Herr Spang dazu sagen, wenn jemand sein Auftreten damit entschuldigen würde, daß er berufsmäßig sich mit dem Hörnervieh befassen muß. Im übrigen ist es nicht klug, daß die Angriffe auf die Vaterlandspartei gerade aus den Reihen der Zentrumspartei kommen. Sie (zum Zentrum) müßten doch bedenken, daß jeder Angriff auf die Vaterlandspartei einen aus Ihren Reihen trifft. Ueberhaupt sollte man die Angriffe auf andere Parteien heute unterlassen; denn gegenwärtig ist keine einzige der Parteien geschlossen. In ihren Friedenszielen verlangt die Vaterlandspartei auch nicht mehr, als das was heute der Reichskanzler Graf Hertling anstrebt, der auch aus dem Zentrum hervorgegangen ist. (Zustimmung links. Abg. Seubert: Dann ist die Vaterlandspartei auch nicht notwendig.) Die Sache hat aber eine ernstere Bedeutung: Abg. Spang verlangte ein Vorgehen gegen Geh. Rat Dr. Hoche. Das ist ein Standpunkt gegen den ich hier Verwahrung einlegen muß., denn wir sind dazu da, als Hüter der Gedankenfreiheit. Wohin sind wir gekommen, daß so etwas in diesem Saale möglich ist. (Zurufe im Zentrum) Ich meine es sollte die Vaterlandspartei allmählich aus unseren Erwägungen verschwinden. (Zustimmung).

Abg. Weiß hat

über das Gymnasium

gesprochen und seiner Sehnsucht nach dem alten Gymnasium Ausdruck gegeben. Ich glaube es handelt sich hier um Säkularvorgänge. Geklagt wurde, daß heute zu viel Mathematik getrieben wird. In früheren Jahren hat aber die Mathematik manchmal einen viel größeren Raum in den Schulen und in der allgemeinen Bildung eingenommen. So haben in der Renoissancezeit auf offenem Markte Wettkämpfe stattgefunden über mathematische Probleme. Die naturwissenschaftlichen Kenntnisse sind heute sehr notwendig. Wie armselig säße der Jurist da, der keine Kenntnis von Naturwissenschaft, von der Elektrizität hätte. Abg. Weiß hat sich

über die Volksschulen

ausgelassen. Ich bin mit ihm einig über die Leistungen der Volksschule. Wenn aber die Mängel bestehen, die er gerügt hat, wird er bereit dazu sein, mitzuarbeiten an deren Beseitigung? Dann ist notwendig, daß die Unterrichtszeit vermehrt wird. Man hätte die Ganztagsschule haben können und hat damals die Halbtagsschule gewählt. Heute erleben wir, daß für jede Stunde Schulunterricht ein großer Kampf entsteht, was wir früher hätten haben können. Unser Endziel muß die Ganztagsschule in Baden sein. In Preußen hat sich die Ganztagsschule sehr bewährt.

Zum Mädchenschulwesen

führte der Redner aus: Der Krieg hat uns von verschiedenen Seiten die Frage der Mädchenschulbildung nahe gerückt. Er hat uns gezeigt, wie wichtig der hauswirtschaftliche Unterricht ist, dann leiten uns volkshygienische Forderungen dazu, daß wir uns erneut mit der Mädchenschulbildung befassen müssen. Dazu kommt noch, daß das Erwerbsleben eine Revolutionierung erfahren hat. Es wird wohl nach dem Kriege zwei Millionen Frauen geben, die nicht mehr auf dem bisherigen Wege Heimat und Brot erhalten können. Man hat nun gesagt: die Frau gehört ins Haus. Ja, schaffen Sie doch die Häuser dazu. Bei den höheren Lehranstalten kommt dazu, daß gerade die Schichten durch Kriegsverluste besonders schwer gelitten haben, die diese Anstalten durchlaufen. Gerade in diesen Kreisen werden sich deshalb die Ehen nach dem Kriege verringern. Dieser Tatsache muß auch auf dem Gebiete des Mädchenschulwesens Rechnung getragen werden. Man muß dafür sorgen, daß die Mädchen auf ihren Anstalten für einen Lebensberuf vorbereitet werden. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bitter (nat.-lib.):

anerkennt zunächst die Tätigkeit der gesamten Lehrerschaft in Schule und Oeffentlichkeit während der Kriegszeit, besonders auch in der Kriegswirtschaft. Daß die Seelsorger beider Konfessionen in der Heimat und im Felde ungeheuer Arbeit leisten, verdient uneingeschränkte Anerkennung und Dank. Der Seelsorger ist jetzt mehr als Berater und Helfer des Volkes in seien wirtschaftlichen und seelischen Nöten. Leider hat die Verinnerlichung des religiösen Lebens aus dem Kriegsbeginne starke Einbuße erlitten, abgelöst durch die Gier nach Geld und Sucht nach Vergnügungen. Die Feldgrauen in der Kampflinie, deren religiöse Vertiefung ich selbst als Kompanieführer miterlebt habe, sollten der Heimat als Vorbild dienen. Dort in den deutschen Kampfreihen ist

der Begriff deutscher Frömmigkeit

erneut und verkörpert worden. Mit Leuten solchen Mutes und Gottvertrauens lassen sich auch die schwersten Aufgaben lösen. Zum Titel Jugendpflege bedauere ich die fortschreitende Verrohung und Verwilderung der Jugend. Sofortiges Zugreifen des Staates mit gesetzlicher Regelung der schulentlassenen Jugend tut not. Die ganze heranwachsende Jugend muß von dieser Arbeit restlos erfaßt werden. Neben erweiterter wissenschaftlicher und religiöser Unterweisung muß der körperlichen Ausbildung durch Pflichtturnen und Spiel der schulentlassenen Jugend Sorgfalt gewidmet werden. Wenn der Herr Minister der Verdienste der Jugendführer gedacht hat, dann möchte ich die Leiter und Turnwarte der deutschen Turnvereine auf die gleiche Stufe stellen, deren stille, opferfreudige Tätigkeit im Frieden die Grundlage unserer Wehrhaftmachung mit hat schaffen helfen. Wenn die staatliche Jugendfürsorge Erfolg haben soll, dann muß sie sich der Mitarbeit jener Volksmänner sichern, die aus reinem Idealismus und innerer Erkenntnis sich der Jugend freiwillig angenommen haben. Die Zusammenarbeit von Staat, Schule, Kirche und Elternhaus soll ein Geschlecht erstehen lassen, das der Väter Gut halten und sichern kann.

Abg. Venedey (D. Vp.):

Eine harmonische Ausbildung der Jugend ist notwendig, deshalb ist auch eine körperliche Ertüchtigung der Schüler zu begrüßen. Zu warnen ist aber vor einer Soldatenspielerei. Gegenüber der Jugendwehr bestehen in dieser Hinsicht Bedenken, denn wir werden nach dem Kriege anderes zu tun haben, als Kriegsvorstellungen zu wecken. Im Interesse der Minderbemittelten muß Unentgeltlichkeit des Unterrichts an den Mittelschulen eingeführt werden. Der Redner kam nochmals auf den Pforzheimer Fall zu sprechen und polemisierte gegen die Vaterlandspartei.

Abg. Müller-Eppingen (N. V.):

Es genügt nicht, daß man den Kindern die Schulordnung vorliest, die Schüler sollen sie auch auswendig lernen. Das könnte auch für das spätere Leben nichts schaden. Später kann man vielleicht auch der Ganztagsschule auf dem Lande näher treten. Die gemischte Schule muß auch in der Zukunft beibehalten werden im Interesse der Verträglichkeit unter den Konfessionen. Die Religion muß in der Schule erhalten bleiben. Das Weltliche und das Göttliche muß nebeneinander stehen, der Mensch lebt nicht vom Brot allein. In der Fortbildungsschule sollten die Schüler auch im Eisenbahnfahrplan unterwiesen werden. Auf dem Lande sollte anstelle der Fortbildungsschule für die Mädchen eine Haushaltungsschule treten.

Abg. Kopf (Zentr.):

Der Pforzheimer Fall ist verhältnismäßig harmlos, aber er war doch eine Entgleisung. In der Volksschule kann man nicht weitergehen als zur allgemeinen Bürgerkunde, sonst entstehen leicht Mißverständnisse. Es gibt Themata genug, die zum Unterricht im Briefschreiben dienen können. Es schickt sich auch nicht, daß die Jugend zu Parteiversammlungen herangezogen wird. Der Redner wandte sich nochmals gegen die Vaterlandspartei und verteidigte die Reichstagsmehrheit. Die Angehörigen der Zentrumspartei, die der Vaterlandspartei beigetreten sind, hätten überlegter handeln sollen. Wir werden nicht dafür zu haben sein, daß der Krieg umsonst geführt wurde, aber wir verwerfen zu weitgehende Annexionen. Der Redner verteidigt den Abg. Spang dem Abg. Rebmann gegenüber in dem Falle Hoche. Er erklärte jedoch: Ich stehe nicht auf dem Standpunkt des Abg. Spang, daß der Minister wegen jeder unbedachten Aeußerung eines Beamten sofort eine Untersuchung einleiten sollte. Im Sommer ist eine Ganztagsschule nicht durchzuführen, zu große Reformen auf dem Gebiete des Schulwesens lassen sich schon aus finanziellen Gründen nicht unternehmen. Ueberhaupt ist unsere letzte Schulreform noch nicht einmal vollständig durchgeführt worden. Man führe also zunächst die bereits früher beschlossenen Reformen durch. Der Redner erhob verschiedene Wünsche, so verlangte er ein gleichmäßiges Schulgeld für die Mittelschule.

Abg. Böttger (Soz.)

wies darauf hin, daß die Mitglieder der Freien Turnerschaft sich auf den Schlachtfeldern bewährt haben und sprach seine Freude darüber aus, daß die Regierung ihre Haltung gegenüber den freien Turnern geändert hat. Auf dem Gebiete der Jugendpflege müsse, namentlich nach dem Kriege, noch viel geschehen. Abg. Böttger machte Ausführungen gegen die Vaterlandspartei und erklärte, die Rede, die der Staatsminister zugunsten eines „Gewaltfriedens" gehalten habe, habe einige Tage später im „Journal des Debats" gestanden, um die Franzosen zum Weiterkämpfen zu veranlassen. Den Antrag des Zentrums auf Staatszuschüsse zu den Teuerungszulagen für die Geistlichen lehne seine Partei ab. Wir fordern Schulgeldfreiheit, mit der wir in Mannheim gute Erfahrungen gemacht haben.

Minister Dr. Hübsch:

Zu dem Pforzheimer Fall habe ich bereits erklärt, daß ich annehme, daß die Angelegenheit eine einzelne Entgleisung war. Die Sache ist untersucht worden, es hat sich aber ergeben, daß dies tatsächlich der Fall war. Eine einseitige Beeinflussung der Schüler ist nicht erfolgt, man muß auch annehmen, daß der Lehrer in guter Absicht gehandelt hat. Ich glaube aber nicht, daß das Verhalten des Lehrers richtig war. Ich glaube, die Frage, ob es recht war, daß man den Beizug des Mädchenchors an der Reichsgründungsfeier der Vaterlandspartei verboten hat, ist unter einen falschen Gesichtswinkel eingestellt worden. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Männer, die die Feier veranstaltet haben, die besten Absichten hatten. Ich glaube aber, sie haben einen falschen Weg eingeschlagen. Nachdem sich scharfe Gegensätze gegen die Vaterlandspartei geltend gemacht haben, ist dieses Verbot erfolgt. Ich glaube es war ein falscher Schritt, daß man die Feier durch die Vaterlandspartei veranstaltet hat und glaube nicht, daß die Schulleitung anders handeln konnte, als daß sie den Zuzug des Schülerinnenchors untersagte. Abg. Gerber hat gesagt, daß bei den Schülerinnen hierdurch schwere Bitterkeit hervorgerufen wurde. Ist dies der Fall, dann trifft die Verantwortung dafür nicht die Schulaufsichtsbehörde, sondern diejenigen, die für die Feier einen falschen Weg eingeschlagen haben. Ich glaube also, daß die Schulverwaltung getan hat, was sie tun mußte.

Der Minister ging darauf auf verschiedene Bemängelungen des Abg. Weiß ein und verteidigte ihm gegenüber die Tätigkeit der Lehrer der Hochschulen und namentlich, die der Freiburger Universität, während der Kriegszeit. Abg. Spang wünschte eine Erklärung über das Verhalten des Geh. Rat Dr. Hoche. Ich habe weder den Willen, noch das Recht mich in die Tätigkeit des Geh. Rat Dr. Hoche auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Ueberzeugung einzumischen. Wenn der Ausdruck, den der Abg. Spang erwähnt hat, von Geh. Rat Dr. Hoche gebraucht wurde, findet er auch nicht meine Billigung. Herr Spang hat ihn aber in ungeeigneter Weise bekämpft. Prof. Dr. Hoche ist ein verdienter Vertreter der Wissenschaft an der Universität Freiburg, den ich gegen solche Angriffe in Schutz zu nehmen habe und ich muß Verwahrung dagegen einlegen. (Zustimmung.) Abg. Hummel hat verlangt, daß die verwaisten Lehrstühle an der Kunstakademie bald besetzt werden sollen. Dies wird in der Kriegszeit sehr schwer sein. Den Vorwurf der Soldatenspielerei kann man der Jugendwehr nicht machen.

Hierauf wurde die allgemeine Aussprache geschlossen.

Abg. Spang wandte sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Angriffe des Abg. Rebmann.

Abg. Weiß erklärte, er habe den Professoren in Freiburg wegen ihrer Tätigkeit während des Krieges keinen Vorwurf machen wollen.

Abg. Rebmann: Der Abg. Spang hat aus meinen Ausführungen eine Beleidigung seiner Person herausgehört. Dies lag mir fern. Uebrigens liegt die Sache hier anders, als bei seinem Angriffe gegen Dr. Hoche, weil wir uns Auge in Auge gegenüberstehen. Dr. Hoche ist aber nicht anwesend. Herr Spang sollte sich merken: Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Beifall. Abg. Spang: Sie sitzen auch im Glashause!)

Abg. Gerber machte ebenfalls eine persönliche Bemerkung.

Darauf wurde in die Einzelberatung eingetreten.

Bei Titel „Universität Heidelberg" führte

Abg. Köhler (Ztr.) aus: Ich habe vermißt, daß keine Uebersicht über den Vermögensstand der Hochschulen gegeben wurde. Die Regierung muß zu den Forderungen aus Professorenkreisen eine strenge Prüfung eintreten lassen.

Bei Position: Universität Freiburg brachten die Abgg. Reinhardt (Ztr.) und Rösch (Soz.) Wünsche der Krankenpfleger vor.

Bei Position „Gymnasien" wünschte Abg. Röckel (Ztr.), daß die neue provisorische Schulordnung für die humanistischen Mittelschulen auch für die Zeit nach dem Kriege gelten sollte. Die Lehrbücher an den Realanstalten sollten im Lande einheitlicher verwendet werden.

Abg. Herbster (natl.) verlangte den Ausbau der Realschule zu Schopfheim zu einer Oberrealschule. Diese Forderung sei schon alt, die Stadt habe schon vor 10 Jahren ein großes Gebäude dafür errichtet. Die Anstalt habe auch große Sammlungen. Abg. Herbster brachte weiter Wünsche der Lehramtspraktikanten vor, deren Zahl auch nach dem Kriege groß sei, und verlangte ihre Besserstellung.

Abg. Stockinger (Soz.) wünschte eine Hebung der Volksschulen auf Kosten der höheren Lehranstalten.

Abg. Rösch (Soz.), Abg. Ringwald (natl.), Abg. Banschbach (R. V.) und Wiedemann (Ztr.) brachten lokale Wünsche vor.

Abg. Reinhardt (Ztr.) verlangte seine frühere Entlassung der älteren Jahrgänge aus den ländlichen Schulen.

Abg. Albiez (Ztr.) verlangte, daß die Beamten der Kreisschulämter ebenso gestellt werden, wie die der Mittelschulen.

Bei Position „Volksschulwesen, Gehalte" stellte der Abg. Geiß (Soz.), daß der Krieg den Wert der Volksschule bewiesen hat und daß demgemäß großes Gewicht auf die Volksschule gelegt werden müsse. Der Redner wünschte einen stärkeren Ausbau der Schulspeisungen, namentlich in den Industriegegenden.

Hier wurde abgebrochen.

Das Haus vertagte sich auf morgen vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache und Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

*

Aus der Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer.

+ **Karlsruhe**, 24. Jan. Die Kommission für Justiz und Verwaltung der 2. Kammer befaßte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Antrag der nationalliberalen Fraktion betr. die Erhöhung der Gebühren der Gemeindebeamten. Es wurde anerkannt, daß die jetzt geltenden Sätze für die Tagesgebühren nicht ausreichend sind. Eine gesetzliche Regelung durch die Landstände hielt die Mehrheit der Kommission jedoch nicht für angängig, weil die Gemeinden berechtigt sind, selbst eine den Verhältnissen gerecht werdende Erhöhung vorzunehmen. Von der Regierung ist in diesem Sinne bereits eine Anregung an die Bezirksämter zur weiteren Veranlassung ergangen. Es wird beschlossen, den Antrag der Gr. Regierung für eine spätere Neuregelung der Gebührenordnung als Material zu überweisen. — Der weiter zur Beratung stehende Antrag der Abg. Fischer (R. V.) und Gen. betr. die körperliche Untersuchung der Kriegsdienstpflichtigen wird durch die Antwort der Regierung für erledigt erklärt; danach soll alles, was anstößig wirken könnte, bei den Untersuchungen vermieden werden. Zu dem gleichfalls von den Mitgliedern der Fraktion der Rechtsteh. Vgg. vorliegenden Antrag über die Kleidung unserer Gefangenen im Ausland erklärt die Regierung, daß alles geschehe, um eingetretene Mißstände abzustellen. Durch diese Antwort erachtet die Kommission den Antrag für erledigt.

Aus dem Reich.

General v. Löwenfeld,

der stellvertretende Kommandierende General des Garde-Korps, ist, wie die „Deutsche Ztg." hört, zur Disposition gestellt worden. Als Nachfolger ist General v. Richthofen bestimmt. General v. Löwenfeld ist 1848 in Spandau geboren. Als Fähnrich machte er den Krieg gegen Frankreich mit und wurde bei St. Privat so schwer verwundet, daß er an der weiteren Teilnahme verhindert wurde. Er besuchte dann die Kriegsakademie und wurde in den Generalstab kommandiert. 1908 wurde er kommandierender General des 10. Armeekorps, das er im folgenden Jahre mit dem Garde-Korps vertauschte, als General v. Kessel zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt wurde. Im Jahre 1912 wurde er zur Disposition gestellt. Bei Beginn des Kriegs wurde er zum stellvertretenden Kommandierenden General des Gardekorps ernannt. — Der zum Nachfolger bestimmte General Freiherr v. Richthofen ist aus der Garde-Kavallerie hervorgegangen, wo er das Garde-Kürassier-Regiment, eine Garde-Kavallerie-Division befehligt hatte. Im Februar 1914 wurde er zum Kommandeur der 6. Division in Brandenburg a. H. ernannt.

Versammlungsverbot in Württemberg.

Auch in Württemberg hat die Sprengung von Versammlungen der Vaterlandspartei zu einem Versammlungsverbot geführt. Das Generalkommando Stuttgart hat bis auf weiteres alle öffentlichen politischen Versammlungen für Stuttgart und die benachbarten Oberämter untersagt.

Gegner des Tabakmonopols.

Dem „Berl. Tagebl." zufolge hielt der Zentralverband deutscher Zigarrenfabrikanten gestern unter der Leitung von Ludwig Korte (Bonn) seine erste Hauptversammlung in Berlin ab. Uebereinstimmend sprach sich die Versammlung gegen alle Monopolpläne aus und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Kriegsgesellschaften so schnell wie möglich verschwinden werden.

Beim „Emden"-Kommandanten in Holland.

WTB. Haag, 23. Jan. Der hier internierte frühere „Emden"-Kommandant Fregatten-Kapitän v. Müller, ist fortgesetzt Gegenstand liebenswürdigen Interesses der holländischen Bevölkerung. In einem Gespräch des Korrespondenten des WTB. lehnte es zwar ab, über die Unternehmungen der „Emden" zu berichten mit der Begründung, er sei dabei, einen ausführlichen dienstlichen Bericht über seine ganze Fahrt anzufertigen, doch wolle er eins bei dieser Gelegenheit feststellen: Das Gefecht mit dem englischen Kreuzer „Sydney" habe nicht so lange gedauert, als offenbar vielfach angenommen werde. Dafür sei die artilleristische Ueberlegenheit des außerdem durch Seitenpanzer geschützten Engländers doch zu groß gewesen. Außerdem habe sich das Fehlen der Landungsabteilung von etwa insgesamt 45 Mann mit Offizieren besonders bei dem Munitionstransport außerordentlich nachteilig bemerkbar gemacht.

Es sei eine schwere Entschließung für ihn gewesen, sein zum Wrack geschossenes Schiff aufzugeben. Aber es sei nichts anderes übrig geblieben, nachdem sämtliche Geschütze ihm als unbrauchbar gemeldet und auch die Verwendung der Torpedowaffe unmöglich gewesen war. — Ueber seine Behandlung als Gefangener durch die Engländer hatte Kapitän von Müller in mancher Hinsicht zu klagen. Er ist überhaupt der Ansicht, daß allgemein die Behandlung unserer Gefangenen durch die Engländer durchaus nicht so ritterlich ist, wie offenbar irrtümlich in Deutschland angenommen werde. Einen Fluchtversuch habe er trotz Kenntnis seiner bevorstehenden Ueberführung und Internierung unternommen weil es sein brennender Wunsch gewesen sei, in sein Vaterland zurückzukehren und ihm von neuem mit der Waffe zu dienen. Die Aussichten für ein Gelingen der Flucht seien ihm und seinen Kameraden durchaus nicht so gering erschienen. Fregattenkapitän von Müller war in bester Stimmung über die glänzende militärische Stellung der Zentralmächte. Er hat niemals an einem Siege Deutschlands gezweifelt. Besonders kennzeichnend für die militärische Lage sei es, daß England jetzt seine Haupthoffnung zur Vermeidung einer Niederlage der Alliierten auf innerpolitische Schwierigkeiten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn setzte.

Erste Auslosung der 4½ prozentigen Schatzscheine.

WTB. Berlin, 24. Jan. Bei der heutigen öffentlichen Auslosung der 4½prozentigen Reichsschatzanweisungen von 1917 wurden die Gruppen Nr. 134, 287, 449 und 749 gezogen.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Der Staatshaushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses beschloß, die Regierung zu ersuchen, vorbehaltlich einer tunlichst baldigen gesetzlichen Regelung für alle Zweige der Verwaltung eine Verfügung zu erlassen, wodurch das den Staatsbeamten zustehende Recht der politischen Betätigung sichergestellt, aber untersagt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausübung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Einrichtungen und Parteien aufzufordern.

WTB. Berlin, 24. Jan. Das Abgeordnetenhaus verwies den Antrag der Sicherstellung des Rechtes der Staatsbeamten auf politische Betätigung zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurück. Abg. Adolf Hoffmann, der sofortige Beratung verlangt hatte, dabei die Vaterlandspartei angegriffen und gesagt hatte, das Volk sei müde, sich weiter in den Krieg hineinhetzen zu lassen, erhielt einen Ordnungsruf. Der Entwurf eines Wohnungsgesetzes wurde in wiederholter Beratung mit einer geringfügigen, von der Kommission beantragten Abänderung, das Bürgschaftssicherungsgesetz unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Es folgte die Beratung des nationalliberalen Antrags auf staatliche Unterstützung der durch Hochwasser geschädigten Bewohner des Nahe-Tales und bei Gestemünde.

Aus dem Großherzogtum.

Amtliche Nachrichten.

* Die Anstellung des Regierungsbaumeisters Schmedding in der, anläßlich des Posthaus-Um- und Erweiterungsbaues, in Freiburg neu eingerichteten Stelle für Regierungsbaumeister hat die landesherrliche Bestätigung erhalten.

*

* **Karlsruhe**, 23. Jan. Dem Bad. Landesausschuß der Deutschlandspende für Säuglings- und Kleinkinderschutz wurden anläßlich einer kürzlich eingeleiteten privaten Sammlung außer einigen schon genannten unter anderem von folgenden Firmen namhafte Beträge zur Verfügung gestellt. In Karlsruhe: Bankhaus Veit L. Homburger 10 000 M, Herrn Max Knopf, Geschw. Knopf, 3000 M, Brauereigenossenschaft vorm. Moninger 1000 M; in Mannheim: Stahlwerk Mannheim 5000 M. Rhein. Papiermanufaktur, H. Krebs, 1000 M; in Pforzheim: Werkzeugfabrikant Gebr. Saacke 1000 M. Die Spende, deren Ergebnis fortlaufend veröffentlicht werden sollen, wird in erster Linie zur Gründung einer badischen Zentralanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge mit einem Kinderkrankenhause, sowie zur Unterstützung aller Fürsorgebestrebungen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit in Baden verwandt werden.

O **Karlsruhe**, 23. Jan. In Berlin ist die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen gegründet worden. Aus Baden gehören dem Beirate der Nationalstiftung als Vertreter des badischen Heimatdankes Geh. Oberregierungsrat Schwörer und Geh. Reg.-Rat Dr. Stocker an.

O **Kehl**, 23. Jan. Einem hiesigen Händler wurde sein ganzer Vorrat an Schuhwaren im Auftrage der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, weil Verdacht besteht, daß für Schuhwaren Preise gefordert wurden, die zum Einkaufspreis und zur Beschaffenheit in einem gegen das Gesetz verstoßenden Verhältnis stehen.

O **Waldshut**, 23. Jan. In Nöggenschwiel hat Bürgermeister Julius Villinger sein Amt als Bürgermeister wegen leidender Gesundheit niedergelegt. An seiner Stelle wurde Herr Josef Kaiser als Bürgermeister gewählt.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 24. Januar 1918.

Na. **Die Ablieferung der Küchenabfälle an das Schlacht- und Viehhofamt** weist für das Jahr 1917 gegenüber dem Jahr 1916 einen bedeutenden Rückgang auf. Die Jahresmenge der abgelieferten Küchenabfälle betrug 17 040 Zentner gegen 23 859 Zentner im Jahre 1916. Dagegen ist der Kostenaufwand für das Abholen und die weitere Behandlung der Küchenabfälle von 19 ₰ auf 33 ₰ für den Zentner gestiegen. Diese Steigerung des Kostenaufwands hat ihre Ursache, abgesehen von dem Rückgang der Sammelmengen, auch in der nicht unwesentlichen Erhöhung der Tag- und Fuhrlöhne. Der monatliche Durchschnitt der Ablieferung beläuft sich auf 1420 Zentner gegen 1988 Zenter im Vorjahr. Der beste Monat war der November mit 2309 Zentner, der sogar den gleichen Monat des Vorjahres um 263 Zentner übertraf. Am geringsten war die Ablieferung im April mit 759 Zentner. Bei besserer Behandlung der Küchenabfälle in den einzelnen Haushaltungen könnte die Gesamtmenge der abgelieferten brauchbaren Abfälle ganz bedeutend erhöht werden. Beim Abholen des Mülls wird nämlich die Beobachtung gemacht, daß es immer noch viele Familien gibt, in denen die verwendbaren Küchenabfälle nicht gesondert, sondern in den Mülleimern mit Asche und Kehricht abgeliefert werden. Auf diese Weise geht immer noch viel zu viel an brauchbaren Stoffen für die Viehhaltung verloren. Wenn auch für den Einzelnen der Nutzen dieser Sammlung von Küchenabfällen nicht immer greifbar in die Erscheinung tritt, so ist es für die Gesamtheit doch von großer Bedeutung, daß möglichst alle Küchenabfälle der Verwendung zu Futtermitteln zugeführt werden.

= **Die Eröffnung des Abendheimes für Arbeiterinnen aller Betriebe im Hildahaus** (Scheffelstr. 37) fand am Montag den 21. Januar unter zahlreicher Beteiligung der Arbeiterinnen statt. Die Stadtverwaltung hat in Anerkennung der Notwendigkeit eines Abendheimes die Wärmestube zur Benutzung für die Abendstunden gütigst überlassen, und Großherzogin Luise hatte zum Schmuck der Wände einen großen Wandspruch und Bilder gespendet. Die Großherzogin und Prinzessin Max beehrten das Heim mit ihrem Besuch, und auch die Vorstände der Organisationen der Fürsorgevermittlungsstelle hatten sich zur Eröffnung des Heimes eingefunden. Die kleine Feier wurde mit dem gemeinsamen Gesang von: „Nun danket alle Gott" eingeleitet. Darauf begrüßte die Vorsitzende der Fürsorgevermittlungsstelle: Frau Oberbürgermeister Lauter die Kgl. Hoheiten und die übrigen Anwesenden und erteilte der Leiterin des Abendheimes das Wort. Diese setzte in warmen und zu Herzen gehenden Worten die Zwecke und Ziele des Heims, Unterhaltung, Belehrung über hauswirtschaftliche Dinge, Anweisung in den verschiedensten Handarbeiten den Arbeiterinnen auseinander und sprach die Hoffnung aus, daß das Heim eine Stätte des Frohsinns, des Friedens und der Harmonie werden und Gottes Segen darauf ruhen möge. Alsdann erfreute ein Schwesternpaar, die Damen Bauz, durch Vorträge von Volks- und Vaterlandsliedern mit frischen, wohltuenden Stimmen, und nach allgemeinem Gesang unterhielten sich die hohen Herrschaften mit den einzelnen Arbeiterinnen und besichtigten die Einrichtungen, Spiele, Bücher, Zeitschriften usw. Aus der zahlreichen und freudigen Beteiligung der Arbeiterinnen ist zu ersehen, daß die Einrichtung eines täglichen Abendheimes einem wirklichen Bedürfnis entspricht, da viele Arbeiterinnen an ihrem Feierabend keinen warmen gut beleuchteten Raum zur Instandsetzung ihrer Kleider und Wäsche haben. Es ist daher zu hoffen und zu wünschen, daß das Heim sich stets eines regen Zuspruchs erfreuen möge.

Letzte Drahtberichte.

WTB. **Berlin**, 23. Jan. Zu Ehren der hier anwesenden türkischen Staatsmänner gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann ein glänzend verlaufenes Festessen in den Räumen des Hotels Esplanade.

Die deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen.

O **Berlin**, 24. Jan. Bezüglich der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen teilt der „Berl. Lokalanz." mit, daß der ursprüngliche Plan, eine Lösung der Frage in Form eines Zollvereins nach dem Vorbilde des früheren deutschen Zollvereins herbeizuführen, nunmehr endgültig aufgegeben ist.

Aufgefahrenes japanisches Kriegsschiff.

* **Amsterdam**, 23. Jan. Die Niederländisch-Indische Presseagentur meldet aus Batavia vom 14. Januar: Der japanische Kreuzer Kasuga ist auf den Klippen von Tandjoeng Oelar Tandjoeng Klian, nordwestlich von Banka aufgefahren. Das Schiff versucht mit eigener Kraft loszukommen.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. Wien, 24. Jan. Amtlich wird verlautbart:
Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabes

Die englische Wahlreform.

WB. **London**, 23. Jan. Das Unterhaus hat mit 132 gegen 42 Stimmen den Zusatzantrag zum Wahlreformgesetz angenommen, der den Grundsatz der proportionalen Vertretung aufstellt.

Repingtons Ausscheiden aus der „Times".

O **Amsterdam**, 23. Jan. Die „Times" teilen über den Weggang ihres militärischen Mitarbeiters Oberst Repington mit: Oberst Repington hat sich entschlossen, seine Dienste anderen Blättern anzubieten. Er teilte sein Vorhaben vor einer Woche dem Hauptredakteur der „Times" mit und wurde daraufhin sofort von seinem Posten enthoben. Als Grund gab er an, daß die Regierung versuche, die bürgerliche Bevölkerung viel mehr als bisher im Interesse der Armee zu melken und daß die „Times" diese Politik der Regierung unterstütze, wie sie mit dem Gesetz über die Dienstpflicht zum Ausdruck kam. In Pressegesprächen mit Oberst Repington, die in verschiedenen Blättern erschienen, gab man zu verstehen, daß sein Verhalten infolge von Intriguen der „Times" gegen Sir Douglas Haigh und Sir William Robertson sei. Die „Times" fügen hinzu, für diese Behauptung gebe es nicht die leiseste Begründung.

Die Rekrutierung in Französisch-Afrika.

O **Bern**, 23. Jan. Nach Pariser Blättermeldungen beriet der gestrige Ministerrat über die kommende Rekrutierung in Französisch-Mittel- und Westafrika. Er beschloß, die beiden Kolonien einer gemeinsamen Verwaltung zu unterstellen. Der bisherige Generalgouverneur Mittelafrikas, Vollenhoven, wurde auf eigenes Ansuchen seines Amtes enthoben und wird durch den bisherigen Gouverneur von Madagaskar, Merlin, ersetzt.

Spanien.

(!) **Sofia**, 24. Jan. (Bulg. Tel.-Ag.) Die spanische Gesandtschaft hat gestern den Blättern folgende Note zugehen lassen: Mit Rücksicht auf die aus französischen Quellen stammenden, kürzlich in der Presse veröffentlichten telegraphischen Meldungen, wonach in Valencia, Malaga und Barcelona große Unruhen ausgebrochen seien, bei denen die Menge einige Theater zerstört hätte, und in denen weiter gesagt wird, daß die innere Lage revolutionär und der Belagerungszustand verhängt worden sei, und wonach schließlich die Politik der unbedingten Neutralität, die bisher von Spanien beobachtet wurde, kompromittiert worden sei, sieht sich die königlich spanische Gesandtschaft veranlaßt, festzustellen, daß im Gegensatz zu den oben erwähnten Meldungen in Spanien völlige Ruhe herrscht, daß ferner das Kabinett Garcia Prieto dieselbe auswärtige Politik befolgt wie bisher und daß es mit großem Vertrauen die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen erwartet, die am 24 Februar vor sich gehen werden.

Argentinien und Uruguay gegen die Entente.

WB. **Bern**, 23. Jan. Der „Temps" meldet aus Montevideo: „El Diez" zufolge wird in Argentinien und Uruguay ein gleichzeitiger Ausstand organisiert, um die Getreide- und Fleischausfuhr nach den Verbandsländern zu unterbinden. Die beiden Regierungen einigten sich zur Ergreifung von Vorbeugungsmaßregeln.

Die feindlichen Heeresberichte.

WTB. **Paris**, 24. Jan. Nachmittagsbericht vom 23. Jan. In Belgien faßten die Deutschen dank einem starken Handstreich, dem sie starkes Geschützfeuer vorangehen ließen, östlich von Nieuport in einem vorgeschobenen Grabenstück der ersten französischen Linie Fuß.

*

WTB. **London**, 24. Jan. Bericht vom 23. Jan. Gestern abend erbeuteten wir bei erfolgreichen Patrouillengefechten östlich von Ypern zwei Maschinengewehre. Die feindliche Artillerie zeigte während des Tages an der Front von Cambrai einige Tätigkeit.

Kleine Mitteilungen.

Raub.

WTB. **Paris**, 23. Jan. (Havas.) Der Kassierer der Steuereinnehmerei von Montrouge bei Paris, der 7000 Frcs. bei sich trug, wurde von zwei Männern beraubt, die ihm in einem Mietauto folgten, sich auf ihn stürzten, die Riemen seiner Geldtasche durchschnitten und sich der Tasche bemächtigten. Sie sprangen dann wieder in ihr Auto und verschwanden mit größter Schnelligkeit.

Sturmschäden in Spanien.

WTB. **Madrid**, 23. Jan. (Havas). Amtlich wird bekanntgegeben: Ein Sturm hat die Funkenanlage des geschützten Kreuzers „Carlos Quinto" beschädigt. Eine Sturmflut hat mehrere Kanonenboote, darunter das Kanonenboot „Fernando Coriez" abgetrieben. Die königliche Yacht „Giralda" wurde ebenfalls beschädigt. Das Torpedoboot 16 stieß gegen das Linienschiff „Jaime". Beide Schiffe erlitten Schaden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kriegsauszeichnungen.

Der Großherzog hat verliehen:

das Ritterkreuz des Militärischen Karl Friedrich-Verdienstordens:

dem Oberleutnant d. R. Eduard von Nicolai im Feldart.-Reg. Großherzog (1. Badischen) Nr. 14;

das Ritterkreuz erster Klasse mit Schwertern des Ordens vom Zähringer Löwen:

dem Oberstabsarzt d. L. I August Schmith bei einer Kriegslazarett-Abt.;

das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern desselben Ordens:

dem Stabsarzt d. L. I Franz König bei einer Kriegs-Lazarett-Abt., dem Hauptmann Ernst Kaufmann, 2. Adjutant eines Generalkommandos;

dem Hauptmann d. L. I und Kriegsgerichtsrat Erwin Otto Christian Einwächter bei einer Etappen-Kommandantur;

das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Schwertern des Ordens vom Zähringer Löwen:

den Leutnanten d. L. II Karl Schlesinger und Gustav Ohnsmann, dem Leutnant d. R. Johannes Lohrer, dem Leutnant d. L. I Friedrich Brox, dem Leutnant d. L. II August Schmitt und dem Leutnant d. R. Paul Sibo bei einem Res.-Inf.-Reg., den Leutnanten d. R. Karl Mössinger, Joseph Kopf und Ernst Treuthe im 1. Badischen Leib-Grenad.-Reg. Nr. 109, dem Leutnant d. R. der Bad. Train-Abt. Nr. 14 Kurt Deis, den Leutnanten Erich Joseph Cunibert Maria Ax und Friedrich Gerhard Henke sowie den Leutnanten d. R. Otto August Wilhelm Neumann, Alfred Friedrich Baumann und Otto Hugo Weber im 2. Bad. Grenad.-Reg. Kaiser Wilhelm I. Nr. 110, den Leutnanten d. R. Eduard Reimer, August Marzluf und Paul Schnurr, dem Leutnant d. L. I Hermann Günter sowie den Leutnanten d. R. Oswald Fuchs und Werner Schmeil im Feldart.-Reg. Großherzog (1. Badischen) Nr. 14, dem Leutnant d. R. Hellmut Schmidt in einem Res.-Feldart.-Reg., dem Leutnant d. R. Karl Friedrich Glock in einem Inf.-Reg., dem Oberapotheker d. L. I Adolf Ernst bei einem Feldlazarett, dem Leutnant d. R. Hans Wanger, Führer einer Fernsprech-Abt., dem Leutnant d. R. Reinhard Reiff in einem Landw.-Inf.-Reg., dem Leutnant d. R. Ernst Karl Bernhard Hermann Wahle bei einer Res.-Pion.-Komp.;

dem evangelischen Lazarettpfarrer Friedrich Joest bei derselben Etappen-Kommandantur, dem Oberarzt d. R. Friedrich Heinrich Rütten beim Fußart.-Reg. Nr. 14, dem Oberarzt Adolf Walther bei einer Sanitäts-Komp., dem Veterinär d. R. Otto Schindler beim Bad. Fußart.-Reg. Nr. 14, dem Oberveterinär Erwin Galm bei einem Pferdelazarett, den Leutnanten d. R. Hans Benzinger und Otto Friedrich beim Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 12;

das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen am Bande des Militärischen Karl Friedrich-Verdienstordens:

den Feldwebelleutnanten Georg Quintel und Philipp Helmstetter bei einem Landst.-Inf.-Bat.;

die silberne militärische Karl Friedrich-Verdienstmedaille:

dem Unteroffizier Robert Meier VI beim 1. Bad. Leib-Grenad.-Reg. Nr. 109, dem Sergeanten Joseph Wöppel, dem Vizefeldwebel Joseph Quennet, dem Unteroffizier Julius Gündert, dem Vizefeldwebel Andreas Kirchner, dem Unteroffizier d. R. Hugo Hafner, dem Vizefeldwebel Offizier-Stellvertreter Georg Otto Wilhelm Schwender und dem Vizefeldwebel d. R. Richard Lebrecht, dem Unteroffizier Otto Philipp Zeier beim 2. Bad. Grenad.-Reg. Kaiser Wilhelm I. Nr. 110, dem Gefreiten Joseph Laier, dem Vizefeldwebel d. R. Adolf Emmerich und dem Unteroffizier d. R. Karl Gack beim Füsil.-Reg. Fürst Karl Anton von Hohenzollern (Hohenzollernschen) Nr. 40;

dem Offizier-Stellvertreter Robert Wißler und dem Unteroffizier Ludwig Seitz bei einem Res.-Inf.-Reg., dem Unteroffizier d. R. Albert Koger bei einem Landw.-Feldart.-Reg., dem Vizefeldwebel d. L. I Karl Weber bei einem Res.-Inf.-Regt.

die kleine goldene Verdienstmedaille am Bande der Militärischen Karl Friedrich-Verdienstmedaille:

dem Krankenträger Unteroffizier Otto Rombach, dem Sanitäts-Unteroffizier Franz Wieland, dem Offizier-Stellvertreter Vizefeldwebel Alfons Weber und dem Vizefeldwebel d. R. Wilhelm Heupel beim 1. Bad. Leib-Grenad.-Reg. Nr. 109, dem Offizier-Stellvertreter Feldwebel Michael Jockers beim Füsil.-Reg. Fürst Karl Anton von Hohenzollern (Hohenzollernschen) Nr. 40 sowie den Wachtmeistern Leopold Köhler und Karl Sieber beim Feldart.-Reg. Großherzog (1. Badischen) Nr. 14.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

17. Jan.: Paula Ida, V. Hermann Villinger, Reserveheizer. — 18. Jan.: Hilde Helene, V. Franz Köberlin, Buchhalter. — 19. Jan.: Sofie Luise, V. Xaver Kästel, Dreher; Lore, V. Oskar Hormuth, Versicherungsbeamter; Rudolf Alfred, V. Johann Haupert, Schneidermeister. — 20. Jan.: Siegfried Ferdinand, V. Ferdinand Beierle, Kellner. — 21. Jan.: Walter, V. Johann Binn, Bautechniker; Christa Brigitta, V. Paul Heymann, Kaufmann.

Eheaufgebot.

23. Jan.: Christian Liede von Durlach, Landwirt in Karlsruhe-Rüppurr, mit Rosine Loth, geb. Klenk, von Loffenau.

Bekanntmachung über Hausschlachtungen.

Sämtliche etwa noch beabsichtigten **Hausschlachtungen** müssen **spätestens am 31. Januar** vorgenommen sein. Nach diesem Zeitpunkt können Hausschlachtungen von Schweinen nur noch in Notfällen gestattet werden.

Anträge auf Genehmigung der Hausschlachtung von Schweinen sind daher bis spätestens 28. Januar bei dem Schlacht- und Viehhof-Amt zu stellen. Auch Selbstversorger, welche bereits geschlachtet haben, können die Genehmigung zur Vornahme der zur Versorgung ihres Haushaltes bis zum 31. Dezember 1918 erforderlichen weiteren Schlachtungen schon jetzt erhalten. Auch kann von Einhaltung der dreimonatigen Haltefrist gegenüber Personen, die schon bisher Schweine zur Hausschlachtung zu halten pflegten, in geeigneten Fällen Nachsicht erteilt werden.

Karlsruhe den 17. Januar 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Bei den

städtischen Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350 und
Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschl. Bedienung beträgt **für 1 Stunde 75 Pf.;** sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Das Bürgermeisteramt. B 1a

Brennholz-Verkauf!

Bitte genau auf Adresse und Tel.-Buch zu achten.

Buchen und eichen, gesägt . . . . . per Ztr. Mk. 4.90
Buchen u. eichen, gesägt und gespalten per Ztr. Mk. 5.10
für alle Heizungen zum Strecken des Bedarfs von Kohlen und Koks verwendbar.
Tannen und Forlen, gesägt . . . . per Ztr. Mk. 5.90
Tannen und Forlen, gesägt und grob gespalten . . . . . per Ztr. Mk. 6.10
Tannen und Forlen, gesägt, fein gesp., Anfeuerholz . . . . . per Ztr. Mk. 6.80
ab Lagerplatz **Schlachthofstraße 13.**

Auf Wunsch zugeführt und ins Haus geschafft zum Selbstkostenpreis.

Verkauf nur nach Gewicht.

Ludwig Braun
Holzhandlung. Telephon 5222.
Büro: **Veilchenstraße 18/20.** 1070

Eberhards Kochschrank

Durchhalter

ist die beste Kochkiste.
Spart Gas, Geld und Zeit – für alle Topfarten passend, sofort lieferbar. 2431

Nr. 18	20	22 u. 21	
für 3–4	5–6	6–8	8–12 Personen kochend

zu haben bei

Edmund Eberhard, Karlsruhe i. B. Ludwigsplatz.

Wiederverkäufer gesucht.

Gelände mit Gleisanschluss

möglichst mit Gebäude und Dampfanlage zur Errichtung einer Einkochstation von Obst zu **kaufen** oder zu **pachten gesucht.**
Ausführliche Eilofferten erbittet: 8006

Heinrich Lüders, Ingenieur-Büro, Berlin W. 57
Kurfürstenstr. 13 — Nollendorf 3411.

Bürsten und Besen

solide Arbeit, vorzügliches Material, empfiehlt

Blindenvereinigung
von Karlsruhe und Umgebung
Viktorlastrasse 6.

Mittwoch nachmittag von 2 bis 6 Uhr ist das Verkaufslokal geschlossen. 1013

In unserer

Drogen-Abteilung

1106 (beim Eingang Lammstrasse)

Putzmittel „Krisit"	Paket	**15** ₰
Scheuerpulver „Globus" .	Paket	**14** ₰
Scheuerpulver „Saponia" .	Paket	**25** ₰
Wasch- und Bleichhilfe .	Paket	**30** ₰
Vim	Dose	**30** ₰
Messerputzschmirgel . .	Dose	**55** ₰
Metallpolitur „Geolin" .	Flasche	**45** ₰
Möbelpolitur	Flasche	**1.50**
Bimssteine	Stück	**15** ₰
Fußbodenlack	Kilo	**6.75**
Bodenwachs	½ Pfd.	**3.50**
Lederfett	Dose	**25** ₰
Fensterschwämme . . .	Stück	**1.25**
Mottenschutz	Paket	**15** ₰
Irrigatoren	Stück	**85** ₰
Irrigatorschläuche . .	Stück	**2.25**
Inhalationsapparate . .	Stück	**2.75**
Sanitätspuder „Vasenol" .	Dose	**90** ₰
Halspinsel	Stück	**45** ₰
Zahnpulver „Denteco" . .	Paket	**20** ₰

Kurzwaren-Verkauf
im Lichthof

Geschw. Knopf

Neueste Bibliothek des Wissens und der Bildung 8 einheitliche Bde. zus. **M. 32** (auch einzeln je **M. 4,40.**
I. **Deutsch,** II. **Neues prakt. Rechnen,** III. **Privatkorrespondenz,** IV. **Geogr. und Völkerkunde,** V. **Weltgeschichte und Bürgerkunde,** VI. **Neues Rechtshandbuch,** VII. **Engl. Grammatik und Konversation, Französische Grammatik und Konversation, Einfache Buchführung,** VIII. **Guter Ton und gute Sitte.**

Neueste kaufmännische Bibliothek 8 einheitliche Bde. zus. **M. 32** (auch einzeln je **M. 4,40).**
A. **Kaufmännisches Rechnen,** B. **Geschäftspraxis in Handel und Gewerbe,** C. **Praktische Korrespondenz des Kaufmanns,** D. **Die Bank, ihre Geschäftszweige und Einrichtungen,** E. **Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung,** F. **Neues Rechtshandbuch,** G. **Des Kaufmanns Englisch,** H. **Des Kaufmanns Französisch.**

Handbuch für Kaufleute M. 12. (Buchführung, Schriftführung, Handelsrecht, Wechselrecht, Scheckwesen, Bankwesen, Kaufm. Rechnen.)
Nur direkt gegen Nachn. zu beziehen durch **L. Schwarz u. Comp.,** Verlagsbuchhandlung, Berlin S 50 P, Dresdener Straße 80. Wir liefern außerdem jedes im Buchhandel erschienene Buch oder Musikstück. 8175

Darmstädter Hof

Weinstube und Gasthof
Ecke Kreuzstrasse u. Zirkel. — Tel. 226.

Gute bürgerl. Küche, reelle Weine empfiehlt:

1015 **Fritz Hohl.**

Weinausschank über die Strasse.

Einige

Frauen u. Mädchen

die gerne **Gartenarbeiten** verrichten, finden Beschäftigung beim

Städt. Gartenamt
Ettlingerstraße 6. 82

Gurte und Bindfaden

alle Sorten (kein Papier) **kaufe jeden Posten,** soweit nicht beschlagnahmt. Bemusterte Anstellung mit Preisangabe. 8166

J. Danziger, Berlin
Junkerstr. 19.

Bekanntmachung.

Fundsachen.

(Städtische Straßenbahn).

In den Wagen der städt. Straßenbahn sind in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 folgende Gegenstände gefunden worden:

Damen- und Herrenschirme, Stöcke, Rucksäcke, Körbe, Bücher, Kleidungsstücke, verschiedene Taschen, Geldbeutel, mit und ohne Inhalt, Schmucksachen, Geschirr u. dergl.

Die Empfangsberechtigten werden hierdurch gemäß §§ 980 u. 981 B.G.B. aufgefordert, ihre Rechte an den oben aufgeführten Gegenständen binnen drei Wochen bei dem Städtischen Bahnamt, Tullastr. 71, geltend zu machen. Es

Karlsruhe, den 21. Januar 1918.

Städtisches Bahnamt.

GALERIE MOOS
Januar-Ausstellung
KARLSRUHER KÜNSTLER
Gemälde 107
Graphik :-: Plastik.

Trauerbriefe Trauerkarten
in kürzester Frist bei billigster Berechnung in der
Badischen Landeszeitung
G. m. b. H.
Hirschstrasse 9
Telephon 400

Für sofortigen Antritt **suchen** wir einen

tüchtigen Techniker

für das Heizungsfach und allgemeinen Maschinenbau. Derselbe muß tüchtiger **Zeichner** sein. Kriegsbeschädigte nicht ausgeschlossen. Gefl. Angeb. mit Gehaltsansprüchen erbeten

Metallwerke B. Rudolph & Co.,
— G. m. b. H. —
Emaillier-, Schweiß- u. Stanzwerke.
Allstedt S.W. 1614

In dieser ernsten Zeit kommt das **Harmonium-Spiel** ganz besonders zur Geltung. Es ist in der 12083
häuslichen Musik
Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM
die Königin der Hausinstrumente
HARMONIUM
sollte in jed. Hause zu finden sein
HARMONIUM
mit edl. Orgelton von 66–2400 M.
HARMONIUM
auch v. Jederm. ohne Notenk. 4st. spielbar
Prachtkatalog **umsonst.**
Alois Maier, Hofl., **Fulda.**